

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Erich Nippold, Berlin.
Verleger: Kurt Schlegel 4100/4100



Stellen für Verlag und Geschäftsleitung:
Berlin G204, Zolt.-Wilms-Platz 6
Telefon: Capoline

Die Zeitung erfolgt im Colportage.
Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Recherchen und eigener Berichte
des Redaktionspersonals, sowie durch andere Quellen in Erfahrung zu bringen.

Berlin, den 5. Nov. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Wahlkampf in U.S.A.

Zuwachs der sozialistischen Stimmen.

SPD. Washington, im November (Eig. Ber.)
Je schärfer sich das Bild des vor dem Abschluss stehenden Wahlkampfes um die Präsidentschaft abzeichnet, desto klarer wird auch in den beiden bürgerlichen Parteilagern die mit vielem Widerwillen hingegenommene Erkenntnis, dass der sozialistische Präsidentschaftskandidat Norman Thomas diesmal mit einer in die Millionen reichenden Stimmenzahl aus den Wahlen des 8. November hervorgehen wird.

Die G.O.P. (Grand Old Party-grosse alte Partei), wie die republikanische Partei bezeichnenderweise genannt wird, war die erste, die sich mit dieser besorgniserregenden Tatsache beschäftigte und mit vielem Ach und Weh feststellte, dass die Sozialistische Partei, deren Kandidaten sich fast ausschliesslich auf die Probleme der Wirtschaftskrise mit ihren zerstörenden Folgen für die Lohnempfänger und die Farmer konzentrieren, dabei war, eine tiefe Bresche in das amerikanische Zweiparteiensystem zu schlagen; ja noch mehr, es war ihr sogar gelungen eine beträchtliche Anzahl fortschrittlicher Republikaner und liberaler Demokraten, die an den alten, längst überholten und ausgetrockneten Rezepten ihrer Parteien längst den Geschmack verloren hatten, an sich zu ziehen und damit für den Sozialismus zu mobilisieren. Es dauerte nicht lange als auch die Demokraten die drohende Gefahr erkannten und nach geeigneten taktischen Gegenstössen Umschau zu halten begannen. So wurden zuallererst die bürgerlichen Parteiredner und Propagandisten, deren übliche Prosperitätsschlagworte bei den erwachenden Massen nicht mehr so recht ziehen wollten, angewiesen, ihren Reden einige Tröpfchen verführerischen Sozialismus beizumengen, aus ihrer Parteihypnose aufzuwachen und im grossen und ganzen "radikaler" zu sprechen.

Bezeichnend für diese Entwicklung ist, wie die Demokraten, die als bürgerliche Opposition natürlich in allererster Linie von der Unrast der Wählerschaft gegen das republikanische Hoover-Regime profitieren, die Chancen der Thomas-Kandidatur einschätzen. Wie in führenden demokratischen Kreisen offen zugegeben wird, halten sie Thomas für besonders stark in den Industriestädten des amerikanischen Ostens und bei der so gut wie vollständig ruinierten landwirtschaftlichen Bevölkerung im Westen. Trotzdem man nicht zuzugeben gewillt ist, dass das sozialistische Kandidatenpaar Thomas-Maurer imstande sein wird, einen ganzen Staat für sich zu gewinnen und dadurch die Stimmen der dort gewählten Wahlmänner zu kontrollieren, wird die Stellung der S.P. in New York, Connecticut, New Jersey, Ost-Pennsylvania, Ohio, Wisconsin und anderen westlichen Staaten als überaus günstig betrachtet. Aber neben diesem unvermeidlichen Zuge der notleidenden Massen zur Sozialistischen Partei wird von dem amerikanischen Bürgertum überdies mit Recht befürchtet, dass sich frühere

Demokraten und fortschrittliche republikanische Elemente mit den sozialen Programmpunkten der S.P. und ihren Forderungen auf sofortige durchgreifende Hilfe für die Krisenopfer einverstanden erklären und so die Parteikonstellation zum Nachteil der kapitalistischen Parteien ändern werden.

Soweit die Republikaner um Hoover in Frage kommen, die seit Jahrzehnten bemüht sind, alle fortschrittlichen Elemente der Partei entweder mundtot zu machen oder rechtzeitig zu entfernen, können sie schwerlich etwas gegen diese Sachlage tun. Sie ergreifen also den besseren Teil der Tapferkeit, warten ab und wissen inzwischen nicht, was für sie selbst schädlicher sein könnte, eine Abwanderung ihrer Liberalen zu den Demokraten oder zur Sozialistischen Partei. Wird die Frage aber so gestellt, dann liegt natürlich auf der Hand, dass eine Abwanderung zu Roosevelt - wenn auch tränenden Auges - bevorzugt wird. Nicht allein, weil man diese im bürgerlichen Parteigestrüpp verloren gegangenen Schäfchen eines Tages wiederzufinden hofft, sondern einfach aus dem Grunde, dass von einem Wahlsiege Roosevelts eine durchgreifende Änderung der amerikanischen Politik doch nicht zu erwarten ist und so mit dem gegenwärtigen System, das eine Erbschaft von mindestens dreizehn Millionen Arbeitlosen hinterlässt, ruhig weitergewurstelt werden wird.

Gegenüber dieser passiven republikanischen Einstellung haben die Demokraten erkannt, dass es für sie vor allem darauf ankommt, die unsicheren bürgerlichen Kantonisten bei der Stange zu halten. Sie überlassen den Sozialisten also das Feld nicht kampflos, sondern sind mit allen Kräften und radikalen Phrasen bemüht, das Abströmen fortschrittlicher Schichten in das sozialistische Lager zu verhindern. Auf diesem Felde ist die sogenannte "Roosevelt Progressive League" unter Bundessenator Norris besonders aktiv und krampfhaft bemüht, Unzufriedene in allen Lagern mit ihrer eigenen Fortschrittlichkeit zu ködern. Ihre Erfolge sind keineswegs zu unterschätzen und gerade ihren Anstrengungen ist es zu verdanken, dass zahlreiche Demokraten, die Roosevelts Reden nur eben als rhetorische Leistungen, nicht aber als ernstgemeinte Programmpunkte werteten und "als Protest" sozialistisch wählen wollten, wieder eingefangen worden sind. Die so reuig in das warme Parteinest zurückgekehrten Demokraten geben offen zu, sie würden zwar lieber sozialistisch wählen, hätten sich aber überzeugen lassen, dass es in diesem Jahre wichtiger sei, Hoover zu schlagen als sozialistischen Gedankengängen und Wahlparolen zu folgen. Auch ein Standpunkt, der charakteristisch für die politische und soziale Ahnungslosigkeit der amerikanischen Wählerschaft ist und gleichzeitig zeigt, wie leicht sich selbst denkende Menschen hierzulande durch die Grösse und zahlenmässige Stärke einer Partei wider ihr besseres Wissen beeinflussen lassen.

Das Wahlprogramm der Sozialistischen Partei, in deren vordersten Reihen Thomas, Hillquit, Maurer, Waldman und zahlreiche altbewährter Kämpfer streiten, ist von derartigen Erwägungen nicht beeinflusst, sondern fordert, kühn in das Herz der Dinge greifend, die durchgreifende Sozialisierung der Industrien und der natürlichen Reichtümer, die das Fundament der amerikanischen Wirtschaft bilden. Es verlangt sofortige weitgehende Krisenhilfsmassnahmen, eine bundesamtliche Sozialversicherung und die entsprechenden Verfassungsänderungen, die diese Sozialmassnahmen auf schnellstem Wege möglich machen sollen. So und nur so wird an Stelle der jetzt bestehenden planlosen Wirtschaft mit ihrem Krisen- und Massenelend ein planvolles Wirtschaftssystem gesetzt, das auch hierzulande ein Ende macht mit Armut, Not, Hunger und Elend und die Freiheit des arbeitenden Menschen garantiert.

SPD. München 5. November (Eig. Drahtb.)

In einer Wahlkundgebung der Bayerischen Volkspartei sprach am Sonnabend der Führer des Zentrums Prälat Kaas. Es war das erste Mal seit Bestehen der Bayerischen Volkspartei, dass für sie der Vorsitzende der Zentrumspartei in

Bayern öffentlich auftrat.

Die Rede richtete sich ausschliesslich und vielfach mit leidenschaftlicher Empörung gegen die Papenregierung. Ihre Mitglieder, so erklärte Kaas unter stürmischem Beifall der 6000 Zuhörer, gehören dem Kreis jener Leute an, die im November 1918 nicht genug Mauselöcher finden konnten, während sie uns heute mit der sogenannten autoritären Staatsform beglücken wollen. Graut diesen Männern nicht vor neuen Novembertagen und graut ihnen nicht vor dem Tag, wo sie innenpolitisch in den Wald von Compiègne gehen und eingestehen müssen, dass ihr von keiner Sachkenntnis getragener Optimismus eine vollendete Pleite gewesen ist? Der konstruktive Fehler der jetzigen Regierung ist ihre vollkommene Zusammenhanglosigkeit mit der Wirklichkeit, wozu kommt, dass sie dem Volke innenpolitisch und aussenpolitisch die Wahrheit verschweigt. Es ist deshalb berechtigt zu sagen, dass das deutsche Volk noch niemals so wilhelminisch regiert worden ist wie heute und ebenso berechtigt ist die Befürchtung, dass, wenn die Dinge so weiter getrieben werden wie sie begonnen wurden, am Ende das Chaos steht. Soll es denn der Sinn der Weltgeschichte sein, dass 14 Jahre nach dem Weltkrieg die gleiche Junkerschicht uns wieder herrlichen Zeiten entgegenführt, die man uns früher versprochen hat.

Kaas wandte sich dann gegen die in Preussen getroffenen Massnahmen, zielierte nocheinmal seinen Satz von Münster über die Paragraphenrevolution von oben und die Barrikadenrevolution von unten und schloss daran die Warnung: "Es gibt aber noch eine andere, eine legale Form des aktiven Widerstandes, die unter allen Umständen schwerer zu überwinden sein wird, als irgendwelche Barrikaden. Das ist die geistige Barrikade unseres Rechtsgefühls und die zu überspringen, da muss man schon in einer anderen Kavallerieschule gewesen sein als Herr von Papen."

Schliesslich wiederholte Kaas sein Angebot der Zusammenfassung aller Gutgesinnten gegen die Diktatur von rechts und links, denn nur in dieser Sammlung von morgen könne die Zukunft und der Aufstieg Deutschlands gesichert werden.

SPD. Braunschweig, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

In einer öffentlichen Erklärung kündigen die Deutschnationalen das Ende der braunschweigischen Regierungskoalition und baldige Landtagsneuwahlen an. Die nationalsozialistischen Koalitionseureunde werden als "parlamentarische Schwätzer" und als Parteiklügel und Bonzen bezeichnet, die durch einen grossen Vertrauensbruch über die finanzpolitischen Absichten Dr. Küchenthals (Einführung einer Schlachtsteuer, das Zollsystem, Kürzungen der Beamtengehälter usw.) gegen die Interessen des Landes verstossen hatten. Ein Zusammenarbeiten erscheine kaum noch möglich. Der Zusammenbruch der Harzburger Front im Lande Braunschweig wurde ausgerechnet in einer Hugenberg-Kundgebung bekanntgegeben.

SPD. Hamburg, 5. November (Eig. Drahtb.)

Vor dem Altonaer Sondergericht wurde am Sonnabend vormittag ein Prozess gegen 25 Kommunisten abgeschlossen, die wegen Landfriedensbruchs und zum Teil auch wegen Totschlags unter Anklage standen.

Insgesamt wurden 36 Jahre 4 Monate Zuchthaus und einige Jahre Gefängnis verhängt. Der Hauptangeklagte Hildebrand erhielt 12 Jahre 2 Monate Zuchthaus, der Angeklagte Rieger 10 Jahre 2 Monate Zuchthaus wegen gemeinschaftlichen Totschlags. Wegen Beihilfe zum Totschlag wurde der Angeklagte Steenbock zu 3 Jahren Zuchthaus, Rathje zu 4 Jahren Zuchthaus, Martin zu 5 Jahren Zuchthaus und Pokes zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Wegen Landfriedensbruchs

erhielten die Angeklagten Glocks n und John je ein Jahr 3 Monate Gefängnis, die übrigen Verurteilten erhielten ebenfalls Gefängnisstrafen. Freigesprochen wurden von den insgesamt 25 Angeklagten 14.

In der Nacht nach der letzten Reichstagswahl war es bei Itzehoe zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen. Die Kommunisten sollen die Nazis angefallen haben. Ein SA-Mann wurde erschossen.

SPD. Hamburg, 5. November (Eig. Drahtb.)

Am Montag beginnt vor dem Sondergericht in Altona der grosse Prozess gegen die 40 SA- und SS-Leute, die in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August in zahlreichen Orten Schleswig-Holsteins Handgranaten-Attentate auf die Wohnungen von Reichsbannerleuten, auf Konsumvereinsläden, auf die Wohnungen von Kommunisten und auf kommunistische Verkehrslokale und Parteibüros verübten.

Die Verhandlungen, für die 8 bis 10 Tage vorgesehen sind, werden von grösster politischer Bedeutung sein, da in ihnen die Verantwortung der SA-Führung für diese Verbrechen erörtert werden wird. In der Anklageschrift, die 240 Seiten umfasst, wird nämlich festgestellt, dass die Sprengstoffanschläge gelegentlich in einer SA-Führerbesprechung, die am 28. Juli in Neumünster und am 30. Juli in Rendsburg stattfand, beschlossen wurden. Ferner nimmt die Anklage an, dass der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Moder, der Führer der 4. SA-Standarte ist, sämtliche Anschläge organisiert hat. Die Orte Pinneberg, Ueckersen, Elmshorn, Warmstedt, Marne, Lunden, Krempe, Glüsing, Rendsburg und die Stadt Altona, in denen die Attentate verübt wurden, liegen sämtlich im Bereich der vom Reichstagsabgeordneten Moder geführten 4. Standarte. Weiter befinden sich unter den Angeklagten noch 4 SA-Sturmführer, der Führer des 2. Sturmbannes Lohse aus Flensburg, der kurz vor der Verübung der Attentate seine Kameraden vor jeder Ungesetzlichkeit gewarnt haben soll. Er soll daraufhin von höherer Stelle von seinem Posten entfernt worden sein.

In der Nacht der Ausübung der Taten waren die SS, SA und Motorradstürme in ganz Schleswig-Holstein an bestimmten Stellen zusammengezogen, während gleichzeitig ein regelrechter Posten- und Meldedienst unterhalten wurde. Bei allen Attentaten wurden Handgranaten benutzt, die von gleicher Art und gleicher Herkunft waren wie auch alle Anschläge nach einem einheitlichen Plan durchgeführt wurden. Die Täter benutzten in allen Fällen Kraftwagen und Motorräder. In Rendsburg zogen sich zwei an dem Anschlag beteiligte SA-Leute Verletzungen zu, in den übrigen Fällen entstand nur Sachschaden. Einen dieser Verwundeten hielt der Reichstagsabgeordnete Moder vor den polizeilichen Nachforschungen versteckt. Die mit der Untersuchung der Sprengstoffanschläge beauftragte Polizei fand wenige Tage nach den Vorgängen in dem nationalsozialistischen Gasthof "Schützenhaus" in Rendsburg zahlreiche Waffen, Munition und Stielhandgranaten, alles Material, das aus Heeresbeständen stammte.

Welch grosse Interesse die zentrale Parteileitung der NSDAP diesem Prozess, der sensationelle Enthüllungen über die "Legalität" der Nationalsozialisten, der SA und der SS bringen wird, beimisst, geht aus der Tatsache hervor, dass zum Hauptverteidiger der Angeklagten der Leibanwalt Hitlers, Dr. Fränk II bestellt wurde. Zu dem Prozess, der unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Block durchgeführt wird, sind zunächst 37 Zeugen und 3 Sachverständige geladen. Die Anklage, die auf Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen, Sachbeschädigung usw. lautet, wird durch Oberstaatsanwalt Gollnik vertreten.

SPD. Prag, 5. November (Fig. Drahtb.)

Das Kreisstrafgericht in Brünn verurteilte am Sonnabend acht Mitglieder der Hakenkreuzler-Jungsturmorganisation wegen Anschlägen gegen die Republik und zwar in Verbindung mit militärischen Faktoren Deutschlands zum Zwecke der Losreissung eines Teils des Staatsgebietes zu 12 bis 18 Monaten Gefängnis, ausserdem zu Geldstrafen und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Zwei Jugendliche, die zu 6 Monaten verurteilt wurden, werden unter Polizei-Aufsicht gestellt.

SPD. Schweidnitz, 5. November (Fig. Dr.)

In dem Schweidnitzer Prozess wurde am Sonnabend ein Pastor Fuchs aus Dittmannsdorf, der "Standarten-Pfarrer" der Standarte 86 als Zeuge vernommen.

Fuchs bekundet: Als Polomski sich unter dem Namen Schmidt in Reichenhorst aufhielt, seien Sonntags zu ihm die Eltern Polomskis gekommen, die nach dem Aufenthaltsort ihres Sohnes fragten. Er, der Pastor, habe sich nicht berechtigt und verpflichtet gefühlt, den Eltern zu sagen, wo ihr Sohn sei. Er habe aber die Mutter dann getröstet, ihr Sohn sei "gut aufgehoben". Der Oberstaatsanwalt findet merkwürdig, dass Fuchs als Seelsorger der Mutter nicht gesagt habe, wo ihr Sohn sei und wirft die Frage auf, ob er auch so gehandelt hätte, wenn nicht ein SA-Mann, sondern ein anderer, etwa bei einem Bauern untergebrachter Mensch, in Betracht gekommen wäre. Der Zeuge erklärte, das sei ein Unterschied. Wenn er als Standarten-Pfarrer einen einzelnen SA-Mann seelsorgerisch betraue, stehe er in einem dienstlichen Verhältnis zu ihm, und er habe kein Recht, etwas über diesen Mann zu einem Dritten zu sagen, der nicht in einem dienstlichen Verhältnis stehe, auch nicht den Eltern.

Fuchs macht bei seiner weiteren Vernehmung Ausführungen über die Ermittlung des Aufenthaltsortes von Polomski durch den Kriminalkommissar Jackenkroll. Der Kommissar habe von ihm die Angabe des Aufenthaltsortes Polomskis gefordert und erklärt, dass er andernfalls ihn und seine Frau sowie die schlesischen SA-Führer verhaften könne. Erst auf das Versprechendes Kommissars hin, die Verhaftung zu unterlassen, habe er ihm die Angaben über den Aufenthaltsort Polomskis gemacht. Er habe das, was Jackenkroll von ihm forderte, als Mensch und als Seelsorger als eine Gemeinheit empfunden. Mit dem Kommissar zusammen habe er dann den Schmidt alias Polomski beim Hauptmann Müller in Reichenhorst abgeholt.

Widersprüche zwischen den Aussagen des Zeugen und denen des Kommissars führen zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem Kommissar Jackenkroll, der dem Zeugen gegenübergestellt wird. Man hat den Eindruck, dass man den Kommissar meineidig machen will. Heines bestätigt das, indem er die Protokollierung der Ausführungen des Kommissars verlagert, was der Vorsitzende indes ablehnt. Der Kommissar bleibt bei seiner Darstellung und gibt ausserdem die bemerkenswerte Erklärung ab, dass er von vornherein der festen Ueberzeugung gewesen sei, dass der Pastor Fuchs sich der Begünstigung schuldig gemacht habe.

Pastor Fuchs wird dann über das Verschwinden der Auto-Papiere Polomskis gefragt. Er bekundet, er habe diese Papiere (Führerschein usw.) eines Tages auf seinem Schreibtisch gefunden und nichts mit ihnen anzufangen gewusst. Beim Aufräumen seines Schreibtisches habe er diese Papiere in den Papierkorb geworfen. Es wird ihm vorgehalten, dass dieses Verhalten für einen Mann, der selbst Kraftfahrer und obendrein bei der Standarte Referent für das Motorwesen gewesen sei, sehr merkwürdig anmute. Längere Erörterungen gibt es dann um die Frage, ob der Zeuge vereidigt werden soll. Der Oberstaatsanwalt widerspricht der Vereidigung, die Verteidigung setzt sich dafür ein und fordert einen Gerichtsbeschluss. Das Gericht beschliesst, den Pastor Fuchs wegen des

Verdachts der Begünstigung nicht zu vereidigen.

Die Verteidigung beantragt sodann die Abhaltung eines Lokaltermins in Reichenbach. Auch hierüber gibt es wieder längere Erörterungen, die u.a. zu einem Zusammenstoss zwischen dem Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Bandmann und dem Verteidiger Rechtsanwalt Luetgebrune führen. Bandmann sagte nämlich, der Antrag auf Abhaltung eines Lokaltermins mache auf ihn den Eindruck, als ob man von der andern Seite den Prozess über den Wahltag hinaus verschieben wolle, worauf Luetgebrune sehr erregt erwidert. Das Gericht beschloss dann, diesen Termin nachmittags in Reichenbach abzuhalten und vertagt dann die Verhandlung auf Dienstag vormittag 9 Uhr.

SPD. Zürich, 5. November (Eig. Drahtb.)

Ein neues deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen ist am Sonnabend unterzeichnet worden. Es bringt devisa-politische Erleichterungen für den Besuch deutscher Touristen in der Schweiz und die Bezahlung schweizerischer Waren durch deutsche Importeure. Für eine Anzahl schweizerischer Exportprodukte ist ferner eine Herabsetzung der deutschen Zölle vorgesehen, während die Schweiz neben einigen Zollermässigungen erhöhte Kontingente für eine Reihe deutscher Waren zugesteht. Das Abkommen wird am 17. November in Kraft treten und vorläufig bis zum 31. März 1933 in Kraft bleiben.

SPD. Paris, 5. November (Eig. Drahtb.)

Der Radikale Kongress nahm am Freitag am Schluss der Debatte über die Wirtschaftskrise eine von dem Berichterstatter, dem Abgeordneten Grisoni, ausgearbeitete Tagesordnung an, die die Ausführung grosser öffentlicher Arbeiten für den Staat, die Departements und die Gemeinden, die Verbilligung des Kredits, Verlängerung der Schulzeit, Organisation des Arbeitsmarktes, Einrichtung einer Arbeitslosenversicherung nach Besserung der Wirtschaftslage und die Einführung der 40-Stunden-Woche unter dem Vorbehalt einer internationalen Regelung empfiehlt.

Während der sich daran anschliessenden Debatte über die Krise in der Landwirtschaft erschien der radikale spanische Abgeordnete Salmeron im Saal, um die Grüsse der spanischen Bruderpartei zu überbringen. "Unser Programm ist das Eurige - sagte Salmeron - wir gehören zu derselben Familie. Schliessen wir unter uns einen Familienpakt, wie er früher zwischen unseren Monarchien bestand und wenden wir ihn zum Triumph des Friedens an. Es lebe die Republik!" Nachdem sich der Beifallssturm, mit dem die Ansprache aufgenommen wurde, gelegt hatte, dankte Herriot dem spanischen Abgeordneten und erklärte u.a.: "Ich freue mich über die Worte unseres Freundes Salmeron. Als ich nach Madrid fuhr, um der jungenspanischen Republik den Gruss der französischen Republik zu überbringen, haben der reaktionäre Klerikalismus und der Kommunismus in einer ganz natürlichen Verbundenheit das spanische Volk zu überreden versucht, dass ich Spanien in ein Abenteuer stürzen wolle. Trotz aller Verleumdungen hat das spanische Volk die Wahrheit erkannt, und es hat sich gegen die erhoben, die ihm die Tyrannei der Lüge aufzwingen wollten. Bei meiner Abreise hat eine grosse Menschenmenge der französischen Republik zugejubelt. Während meines Aufenthaltes habe ich feststellen können, dass die spanische Republik solide ist und dass an ihrer Spitze mutige Staatsmänner stehen. Diesen Männern, dem spanischen Parlament und dem spanischen Volk sende ich die Grüsse der französischen Republik und sage ihnen, dass sie auf uns rechnen können, um zwischen unseren beiden Völkern jene brüderliche Einigung zustande zu bringen, die uns gemeinsam auf dem Wege der Freiheit und des Friedens

leiten muss."

Die Worte Herriots fanden riesigen Beifall. Am Sonnabend nachmittag stand die Aussenpolitik zur Debatte, über die Abgeordneter de Tessan Bericht erstattete.

SPD. Paris, 5. November (Eig. Drahtb.)

In dem Pariser Vorort St. Denis ist am Sonnabend eine grosse Flugzeugfabrik durch einen Brand fast vollkommen vernichtet worden. Der Schaden beläuft sich auf etwa 20 Millionen Francs.

SPD. Schweidnitz, 5. Nov. (Eig. Drahtb.)

Vor dem Schweidnitzer Landgericht schwebt zurzeit ein neues Verfahren gegen den Fememörder Heines, das wegen Beleidigung und Nötigung eingeleitet worden ist. Das Verfahren stützt sich auf die in den letzten Tagen vor dem Schweidnitzer Gericht zu verzeichnenden Vorgänge. Als Heines sich in den letzten Tagen wiederholt von SA-Kolonnen zum Gericht bringen liess und dort die Polizei Ordnung zu schaffen versucht, schrie Heines die Beamten an und begleitete seine Schimpfereien mit handgreiflichen Gesten.

SPD. Hannover, 5. November (Eig. Drahtb.)

Das durch seine unglaublich harten Urteile gegen Republikaner berühmte Gericht in Verden/Aller fällte wieder einmal ein Schreckensurteil gegen junge Arbeiter und Reichsbannerkameraden aus Walsrode, das überall, auch beim Bürgertum, helles Entsetzen hervorgerufen hat. Fünf junge Arbeiter wurden wegen einer harmlosen Schlägerei mit Nazis, wegen Landfriedensbruch zu insgesamt 32½ Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Ehrverlust verurteilt. Dabei waren die Ursachen der Schlägerei hannoversche Nazis, die in Walsrode einquartiert waren und sich brüsteten: "Wir haben in Hannover aufgeräumt und werden auch in Walsrode aufräumen." Obgleich die Nazis die Provokateure waren, wurden nur die Arbeiter angeklagt. Belastungszeugen, grösstenteils SA-Leute, wurden in der Verhandlung vereidigt, während von den 11 Entlastungszeugen der grösste Teil unvereidigt blieb.

SPD. Im Berliner Verkehrstreik hat sich am Sonnabend trotz der Ankündigung der BVG, die Polizei wolle unter allen Umständen die Durchführung des Verkehrs erzwingen und sichern, fast nichts geändert. Wohl hat man an verschiedenen Stellen der Stadt einen Teil- und Notverkehr versucht und auch durchgeführt, allein von einer wirklichen Inbetriebsetzung der Untergrund-, Strassenbahn- und Autobuslinien kann bis zur Stunde noch keine Rede sein. Die Polizei der starken Männer, die heute in Preussen und im Berliner Polizeipräsidium regieren, kann wie man sieht, auch keine Wunder wirken.

Und so hat es die kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront, die den Streik führt, leicht, nach wie vor eine rein wirtschaftliche Aktion der Berliner Verkehrsarbeiter für ihre politische Propaganda auszuschlachten und zu missbrauchen. Die Stilllegung des Berliner Verkehrs ist - das hat am Sonnabend auch der Gesamtverband im Namen der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften ausdrücklich festgestellt - eine politische Aktion der vereinigten nationalsozialistisch-kommunistischen Terrorgruppen. Der Beweis ist durch eine Äusserung der "Roten Fahne" vom 3. November erbracht, in der gesagt

wird. Der Streik richtet sich formell gegen einen Lohnabbau von 2 Pfennig pro Stunde...aber es geht um mehr als das..." Der "Angriff" vom 1. November schiebt ebenfalls in einem Artikel die BVG-Aktion auf politisches Gebiet.

Bedauerlich, dass die politische Aktion der Kommunisten und Nationalsozialisten nicht von vornherein durch etwas mehr Geschick in der Führung der BVG verhindert wurde. Diese lässt jetzt an den Berliner Plakatsäulen der Öffentlichkeit mitteilen, dass im Vergleich mit den Arbeitern der Metallindustrie und der Reichspost die Berliner Verkehrsarbeiter noch verhältnismässig gut daran sind. Dieser Beruhigungsversuch, der vielfach schon aus dem Publikum heraus durch den Hinweis auf die Direktorengehälter z.T. wirkungslos gemacht wird, kann nichts an der Tatsache ändern, dass die Berliner Verkehrsarbeiter mit ihrem wirtschaftlichen Kampf gegen den Lohnabbau durchaus im Recht sind und deshalb auch von Anfang an die Hilfe der Gewerkschaften gehabt haben. Die Gewerkschaften haben ja deutlich genug erklärt, dass sie jeden Schiedsspruch, der einen Lohnabbau bringt, ablehnen. Auch kann kein gerecht denkender Mensch verkennen, dass die Bezahlung der vor allem im Aussendienst beschäftigten Berliner Verkehrsarbeiter absolut unzureichend ist. Ein Autobuschauffeur z.B. hat eine sehr verantwortungsvolle und nervenaufreibende Arbeit. In der Berliner Bevölkerung ist man allgemein der Ueberzeugung, dass vor allem diese Gruppe der Verkehrsarbeiter zu schlecht bezahlt ist.

Nach wie vor sind die Leidtragenden des nationalsozialistisch-kommunistischen Streikexperiments die Berliner Proletarier. Am Sonnabend war wieder ein richtiges Sauwetter und Millionen mussten in Regen und Nässe ungeheure Wegstrecken zurücklegen! Peinlich und aufreizend wirkt auf die müden, durchnässten Fussgänger die Tatsache, dass die feinen Leute vom Streik so gut wie nicht zu spüren bekommen. Die Wohlhabenden haben ihr Auto oder jedenfalls das nötige Kleingeld für eine Autodroschke. Sie geht der ganze Streik überhaupt nichts an, und man hat bis jetzt auch noch nichts davon gehört, dass irgendwo und irgendwie die Gefolgsleute des Herrn Goebbels, der in seinem "Angriff" so gerne gegen die "feinen Leute" hetzt, oder gar die RGO-Leute einen Bourgeois das Autofahren unmöglich gemacht haben. Der Terror der kommunistisch-nationalsozialistischen Einheitsfront richtet sich nur gegen die Proleten. Proleten werden von Proleten bestreikt, und der Bourgeois fährt in seinem Auto und lacht sich eins. Die Strategen, die den Gewerkschaften gegenüber das Maul nicht weit genug aufreissen können - gegenüber den feinen Leuten sind sie merkwürdig taktvoll und zurückhaltend. Da haben sie absolut nicht das Bedürfnis aufs Ganze gehen zu wollen, obwohl ihnen die durchnässten, frierenden und hungrigen Proleten, die zu Fuss gehen müssen, selbst sagen, dass ein Teilstreik reichlich aussichtslos ist, solange in Berlin die Autos und die Schnellbahn der Reichsbahngesellschaft fahren.

Aber was kümmert die RGO-Strategen und die Hitlerleute, die Krach und Krawall suchen, die Sorge der Berliner Proleten! Und so müssen diese eben die Zeche des Streiks bezahlen. Sie müssen jetzt im Regen tippeln, und wenn der Streik herum ist, unter Umständen auch noch einen erhöhten Verkehrstarif schlucken.

Der rote Prinz

Der "rote" Prinz.

SPD. Die Monarchisten blühen sich wieder auf. Sie verlangen in aller Bescheidenheit die Statthalterschaft der Republik. Glaubt man ihrer Presse, so leiten sie ihre Ansprüche von den "Opfern" her, die sie bisher "ihrem" Volke gebracht haben. Und von diesem "Opfermut" soll hier gesprochen werden. Am Jahrestage der Republik ist es heilsam, sich die Taten dieser Herren ins Gedächtnis zurückzurufen.

Wir wollen nur bei einem aus dem Geblüt der Hohenzollern verweilen. Einem, der sich immer im Hintergrunde hielt, das unterirdische Feuer der Konterminen gegen den Bestand der Republik aber umso eifriger schürte. Wir meinen Prinz Heinrich von Preussen, den im vorigen Jahr verstorbenen Bruder des ehemals regierenden Hohenzollern.

Prinz Heinrich von Preussen war im Kriege Oberkommandierender der Ostseestreitkräfte. Er residierte im Schlosse zu Kiel. Dort und auf seinem Flaggschiffe manifestierte sich der Krieg hauptsächlich durch Bankette und Bordfeste, wie das bei ähnlichen Hofhaltungen so üblich war.

Es kam der November 1918. Die Früchte der alldeutschen Agitation für einen "Siegfrieden", die besonders laut unter dem Protektorat dieses Prinzen in der Flotte betrieben wurde, reiften heran; und die Zeit war da, zu der auch ein kaiserlicher Bruder und admirabler Prinz für "sein Vaterland" und für die Ehre seines Hauses mehr einsetzen musste als Trinksprüche, Sektkübel und Frauenpolonäsen. Vielleicht sogar das Leben.

Nach den etwas stürmischen Tagen des 3. und 4. November 1918 in Kiel residierte der kaiserliche Statthalter der Ostseestreitkräfte immer noch im Schlosse - aber so, dass er den profanen Blicken der revoltierenden Matrosen unsichtbar blieb. Ein Schiff nach dem anderen fiel von der Flagge seines kaiserlichen Bruders ab. Aber genau wie all die grossen Herren des Flottenstabes, so wagte auch der Prinz nicht eine Lanze für die Ehre und den Bestand seines Hauses zu brechen. Im Hafen und auf den Reeden, in der Stadt und in den Kasernen überliessen die verantwortlichen Offiziere den meuternden Matrosen alles, was zu opfern war; sie kapitulierten. Und der Prinz Heinrich? Er verkroch sich in dem weitläufigen Bau des Kieler Schlosses und erhoffte, nur noch etwas für sich selbst. Nicht ein Schuss fiel vom Schlosse, nicht ein Einziger der grossen Suite des Prinzen oder gar er selbst wagten sich heraus, um für die "Ehre ihres Hauses" zu kämpfen. Und als dann etwas "Beruhigung" in Kiel eingetreten war, als die sozialdemokratischen Arbeiter und Matrosen alle Hände voll zu tun hatten, um das kommende Chaos aufzuhalten, da machten sich die hohen Herrschaften von dannen und liessen ihr Volk herzhaft im Stich. Nun, was "Aufmachung" anbelangt, wollte der Hohenzollernprinz seinem grossen Bruder allerdings nicht nachstehen. Schliesslich war der Mut zur Lächerlichkeit der einzige Mut, den er besass.

Angetan mit einer grossen, roten Nelke, als harmloser Zivilist verkleidet, so passierte Prinz Heinrich die ersten Wachposten der Revolution vor seinem Schlosse. Und als der Abend sich über Kiel senkte, da stand ein Auto am Bürgersteig, mit aufgezogener, roter Flagge und den falschen Insignien des Soldatenrates und nahm den benelkten Zivilisten, Prinz Heinrich von Preussen, auf und jagte mit der kostbaren, tragikomischen Last in der Richtung nach Holtenau

davon. Und nur auf der Hochbrücke, die über den Nordostseekanal fährt, da fand der kaiserliche Prinz den Mut zu einer "Tat": als das Auto die Brücke passieren wollte und Matrosenposten sich dem rotbeflaggten Wagen näherten, da knallte ihnen ein Pistolenschuss ins Gesicht...

Dann raste der Wagen im wildesten Tempo nordwärts, der dänischen Grenze zu. Ein Hohenzoller mehr, der in der Stunde schwerster Gefahr sein Vaterland im Stiche liess.

W.S.

+ + +
Der "Bischofsschreck". Von der Bühne herab wurde in Budapest Ignaz Strassnoff, der "König der Hochstapler", verhaftet. Er trat in einem Stück auf, in dem sein eigenes, abenteuerliches Lebensschicksal dramatische Gestaltung gefunden hatte. Als plötzlich zwei Kriminalbeamte auf der Bühne erschienen und den "Hauptdarsteller" Strassnoff mitgehen hiessen, glaubte das Publikum zunächst, dass diese knallige Szene ein Bestandteil des Stückes sei...

Ignaz Strassnoff hat eigentlich geschworen, der Kriminalität zu entsagen und ein gesetzestreuer Staatsbürger zu werden. So oft und auf so kuriose Weise er übrigens früher die Gesetze verletzt hat, so muss ihm im übrigen doch das Kompliment gemacht werden, dass er mit seinen Hochstapeleien niemals arme oder wirklich gütige Menschen geprellt hat. Als Opfer suchte er sich meist Persönlichkeiten aus, deren Macht und "Würde" grösser war als ihr Geist oder Herz: einmal stellte er sich z.B. einigen Bischöfen als Abgesandter des Wiener Hofes vor; er gab ihnen zu verstehen, dass er "in geheimer Mission nach dem Rechten sehen müsse" - woraufhin ihm die eingeschüchterten Herren Geistlichen einen dicken Haufen Beruhigungsgeld überreichten. Dieser und noch ein anderer Streich brachte Strassnoff den Spitznamen "Bischofsschreck" ein: stellte er sich doch einmal dem Bischof Istwan in Steinamanger als dessen aus Amerika heimgekehrten, mittellosen Neffen vor - was ihm immerhin 12 000 Kronen eintrug.

Auch mit dem Militär verstand sich Strassnoff "gut" zu stellen. Eines Tages traf bei der Generalität in Zagreb ein Telegramm mit der Meldung ein, dass Excellenz von Sowieso die Truppen der Garnison inspizieren werde. Pünktlich kam Strassnoff an - in Generalsuniform natürlich. In Generalsuniform liess er die Truppen im Parademarsch vor sich vorbeimarschieren; und anschliessend liess er es Ordnen regnen... Einige -weise ausgesuchte - reiche Offiziere und Beamte, die unausgezeichnet blieben, liessen ihn hintern herum ausforschen, ob er nicht gegen eine kleine Gegengabe zur Ordensehrung und zur Empfehlung beim Wiener Hof bereit sei. Strassnoff zeigte sich nicht abgeneigt...

Nach dem Krieg wurde Strassnoff international. Seinen letzten Streich verübte er in Frankreich: er versprach den Pariser Kriminalbehörden die Klischees der ungarischen Frankenfälscher zu liefern. Die Pariser Kriminalpolizei gab ihm zur "notwendigen" Reise nach Budapest 20 000 Mark; die gleiche Summe zahlte ihm der französische Gesandte in Budapest; nur Strassnoff hat bis heute noch nicht daran gedacht, seinen Auftrag zu erfüllen...

Aber er versprach, wieder "ehrlich" zu werden.

+ + +
Riesige Effektschiebung. Geheimrat Tillich (Bürodirektor im Wohlfahrtsministerium), Dr. Adolf Borchardt (früherer Syndikus der Firma Thyssen), Bergwerksdirektor Cordes aus Hannover, Effektenmakler Holländer aus Berlin und der Dresdener Bank-Detektiv Kubertus wurden am Sonnabend unter dem dringenden Verdacht der Devisenschiebung verhaftet.

Geheimrat Tillich unterhielt bei dem Berliner Bankhaus Georg Uhlig ein Konto, über das Bergwerksdirektor Cordes Vollmacht besass. Tillich liess nun

kürzlich bei dieser Bank für 41 000 Mark Effekten verkaufen; als aber anschliessend wieder Effekten im Werte von 350 000 Mark verkauft werden sollten, schöpfte die Leitung der Bank Verdacht in bezug auf die Herkunft der Effekten. Auf die genau präzierte Frage, ob es sich bei diesen Effekten um Inlandsbesitz handele, wurde der Riesenauftrag zurückgezogen und mit einem kleineren, durch den für 30 000 Mark Effekten verkauft werden sollten, vertauscht. Die Bank beruhigte sich bei diesem Manöver nicht. Sie informierte die Devisenbewirtschaftungsstelle und die Reichsbank, die beide zu dem Schluss gelangten, dass die Papiere aus Auslandsbesitz stammen. Es wurde festgestellt, dass Tillich und seine Hintermänner die Absicht hatten, nach und nach Effekten im Wert von $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark, die sämtlich aus Auslandsbesitz stammen, auf den deutschen Markt zu bringen. Als offizieller Besitzer der Wertpapiere galt der Effektenmakler Holländer; hinter ihm stand allem Anschein nach Dr. Borchardt. Der Detektiv der Dresdener Bank Kubertus steht im dringenden Verdacht Holländer mit Dr. Borchardt zusammen gebracht zu haben. Tillich ist allem Anschein nach insofern schuldig, als er sich bereit fand, die Transaktionen über sein Konto bei der Uhlig-Bank leiten zu lassen. Als Tillich merkte, dass die Geschichte ruchbar wurde, versuchte er den "Verband deutscher Erwerbslosen" als Inhaber seines Kontos - gegen finanzielle Versprechungen, die niemals eingelöst wurden - vorzuschieben. Der Vorsitzende jenes Verbandes hat seine Zustimmung hierzu allem Anschein nach gutgläubig gegeben.

+ + +

Doppelmord. In Mengede bei Dortmund wurden die Ehefrau des Fördermaschinisten Schmidt und deren Hausangestellte ermordet. Die Wohnung war vollkommen durchwühlt: es fehlten ungefähr 300 Mark. Der Täterschaft verdächtig sind zwei Knechte, die vor kurzem auf dem Anwesen Schmidts beschäftigt waren.

+ + +

Der BVG-Streik. Der Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft dauerte am Sonnabend im wesentlichen noch an. Am Nachmittag wurden insgesamt auf 31 Strassenbahnlinien 219 Züge eingesetzt; auch die Untergrundbahnverkehrte auf einer sich über 12 Haltestellen ausdehnenden Strecke - im ganzen bot aber die Stadt noch das typisch verkehrslose Bild. Zu ernsthaften Zwischenfällen kam es am Sonnabend nicht.

+ + +

Vor dem Schnellrichter... Zwei der Berliner Streik-Zusammenstösse fanden bereits am Sonnabend ihr gerichtliches Nachspiel. Die Verhandlung gegen einen kommunistischen Bauarbeiter, der vor dem Strassenbahnhof Mül-lerstrasse die dort versammelte Menge aufgereizt haben soll, wurde zwecks näherer Feststellungen vertagt; der Angeklagte, der schon einige Male in Irrenanstalten war, behauptete unter alkoholischem Einfluss gehandelt zu haben. Ein anderer Angeklagter wurde wegen Widerstands zu einem Monat Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

+ + +

Caro - Petschek. Am Sonnabend setzte Professor Alsberg sein Plädoyer im Berliner Mitgift-Prozess fort. Professor Alsberg versuchte die von der Nebenklage als möglich hingestellten Motive des Angeklagten Geheimrat Caro zu widerlegen.

+ + +

Gronaus Heimkehr. Der Pilot Wolfgang von Gronau hat bei seinem Flug um die Welt Rom erreicht; der Gronau-Wal wird am Dienstag oder Mittwoch in Friedrichshafen erwartet.



Not und Geschäft.

Missbrauch der Notverordnung.

SPD. Die Not ist gross. Eine traurige Tatsache. Das allertraurigste aber an unserer erbärmlichen Zeit ist die Tatsache, dass es Leute gibt, die auch noch aus allem, was zur Linderung der Not versucht wird, ein Geschäft zu machen verstehen. So sollte doch, wenn wir nicht irren, die Notverordnung vom 5. September der Belebung der Wirtschaft dienen. Was muss man aber erleben? Mit der Notverordnung wird geradezu haarsträubender Missbrauch getrieben - vor allem in der Textilindustrie. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat bereits vor kurzem dem Reichsarbeitsminister hierüber hieb- und stichfestes Beweismaterial übermittelt. Dieser Tage hat er diesem Material eine Ergänzung folgen lassen.

Zwischen der Gemeinde Rauscha (Kreis Görlitz) und der Firma W. Winkler A.G. Halbau ist, wie aus den Feststellungen des DTV hervorgeht, ein Abkommen getätigt worden, wonach die Gemeinde Rauscha bei Einstellung von Wohlfahrtserwerbslosen durch die genannte Firma an diese 80% der bisher gezahlten Wohlfahrtsunterstützung zur Auszahlung bringt. Die Firma Winkler hat, nachdem die Vereinbarung mit der Gemeinde Rauscha zustande gekommen war, eine ähnliche Abmachung auch mit der Gemeinde Halbau abschliessen wollen. Halbau lehnte jedoch ab. Daraufhin brachte die Firma zum Ausdruck, dass nunmehr die Arbeiter von Halbau das Nachsehen hätten; denn die Firma werde nun nur noch Leute aus der Gemeinde Rauscha einstellen.

Es kommt aber noch schöner. Da die Firma 29 Personen, dh. ca 5% der Belegschaft, neu einstellte, machte sie durch Aushang bekannt, dass für die 31. bis 40. Arbeitsstunde ein Lohnabzug in Höhe von 10% erfolge. Als aber die Vereinbarung mit der Gemeinde Rauscha bekannt wurde, gab man der Betriebsvertretung zunächst mündlich die Zusicherung, dass der geplante Abzug unterbleibe. Später jedoch wurde trotz der Zusicherung der Abzug dennoch durchgeführt. Er beträgt bei den Frauen 33 bis 35 Pfennig und bei den Männern 45 bis 47 Pfennig pro Woche, und die Firma ist trotz Einspruchs des Betriebsrates und trotz des Hinweises auf ihr Versprechen bei ihren Abbaumassnahmen geblieben.

Dem Ganzen wird die Krone aufgesetzt durch folgende Feststellungen des DTV.: In der Firma werden 12 leitende Angestellte beschäftigt, und von diesen bezogen im Jahre 1931 die ersten vier folgendes Einkommen: 135 360 Mark, 98 700, 42 300 und 41 830 Mark. Diese vier Angestellten bezogen somit allein ein Jahresgehalt von insgesamt 318 190 Mark! Würden sich diese vier Angestellten in der Notzeit mit 24 000 Mark Jahresgehalt pro Angestellter begnügen, dann hätte die Firma eine Jahresersparnis von 221 190 Mark. Bei einer solchen Ersparnis müsste keiner der vier leitenden Angestellten Not leiden. Auf der andern Seite aber brauchte die Firma dann bestimmt nicht die Wohlfahrtsgelder der Gemeinde Rauscha in Anspruch zu nehmen und sie könnte auch auf die Lohnsenkungsbestimmungen der Notverordnung vom 5. September ganz gut verzichten.

Im übrigen hat die Firma aber auch durch die von ihr im Jahre 1931 vorgenommenen Rationalisierungsmassnahmen sehr fühlbare Ersparnisse erzielt.

Auch hierüber macht der DTV recht interessante Mitteilungen. So wurden durch 14 Lisonamaschinen 22 Spulmaschinen verdrängt. Bei den Spulmaschinen wurden 88 Frauen benötigt, bei 14 Lisonamaschinen braucht man nur 28. Der Lohn für die 22 Spulmaschinen-Arbeiterinnen betrug 1 858,56 Mark, der jetzige Lohn beträgt 591,36 Mark. Gewinn: 1 267,20 Mark. Zwei neue amerikanische Trommler ersetzen 18 Rottreiber und 18 Weisstreiber. Der Gewinn an Arbeitslohn beträgt pro Woche 760,32 Mark. Ähnlich schöne Ersparnisse wurden durch die Rationalisierung in der Schererei, Andreherei, Schlichterei, Weberei, Putzerei, Wäscherei, Färberei, Manglelei und auch im Lagerversand erzielt. In der Färberei - um noch ein Beispiel herauszugreifen, - waren beschäftigt 84 Männer und 9 Frauen. Lohnsumme pro Woche 2 649,60 Mark. Heute sind nur noch beschäftigt 36 Männer und 9 Frauen. Lohnsumme heute 1 244,16 Mark. Gewinn: 1 405,44 Mark. In der Weberei beträgt der Gewinn durch die Rationalisierung 2 545,64 Mark. Man mag die mit der Rationalisierung und Neumaschinisierung verbundenen Kosten noch so genau berücksichtigen - ohne Zweifel bleibt ein sehr ansehnlicher Gewinn übrig. Zu beachten ist auch, dass die Feststellungen des DTV von Arbeitgeberseite weder bestritten noch angezweifelt wurden.

Selbstverständlich ist es nicht die Absicht des Textilarbeiterverbandes, armen, langjährigen Wohlfahrtserwerbslosen den Arbeitsplatz zu versperren. Davon kann keine Rede sein. Seine Feststellungen haben den Zweck, das Reichsarbeitsministerium auf den Missbrauch aufmerksam zu machen, der von den Unternehmern mit dem unglücklichen Wirtschaftsbelebungsexperiment der Papen-Regierung getrieben wird. Für diesen Missbrauch trägt die Regierung die Verantwortung.

SPD. Die Spitzengewerkschaften haben in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gegen die scharfe Einschränkung des Heilverfahrens in der Invalidenversicherung Front gemacht. Die Ausgaben für die freiwilligen Leistungen in der I.V. waren bis zum Jahre 1930 auf 99,3 Millionen Mark gestiegen; durch die Aufsichtsbehörde ist für 1932 der aufzuwendende Betrag auf 50 Millionen Mark beschränkt worden. Nun soll eine neue Einschränkung erfolgen. Die Gewerkschaften fordern, dass die Einengung der freiwilligen Leistungen wieder aufgehoben wird.

Allzu scharf macht schartig. Eine zu weitgehende Einschränkung des Heilverfahrens führt in vielen Fällen zu einem früheren Eintritt der Invalidität und damit zu einer Erhöhung der Rentenleistungen. Auch eine durch neue Sparsmassnahmen erzwungene Stilllegung zahlreicher Heilanstalten hat ihre Kehrseite; denn schliesslich müssen die Heilanstalten doch irgendwie instandgehalten werden.

SPD. Der Konflikt in der Berliner Gasbetriebsgesellschaft ist beigelegt. Die Direktion erklärte sich bereit, die Arbeitszeitverkürzung ab 15. November, die Lohnkürzung jedoch, die eine Angleichung an die Stundenlöhne der städtischen Gasarbeiter herbeiführen soll, erst ab 1. Februar eintreten zu lassen. Die Vertrauensleute haben diesem Verhandlungsergebnis zugestimmt.

SPD. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert eine neue Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Seit der letzten Zählung im Jahre 1925 seien grosse Veränderungen im Wirtschaftsleben vor sich gegangen, sodass die Ergebnisse der damaligen Zählung heute nicht mehr als brauchbare Unterlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen benutzt werden könnten.